



Schiedsspruch schadet der Geburtshilfe

Pressemitteilung von Cornelia Möhring, 06. September 2017

„Die Beschlüsse der Schiedsstelle, die zwischen Hebammenverbänden und Gesetzlichen Krankenkassen vermitteln sollte, kommen einer Kapitulation vor der desolaten Situation der Hebammenversorgung gleich. Statt sich am Ziel einer qualitativ hochwertigen Betreuung von Schwangeren und Wöchnerinnen zu orientieren, wird die bisherige Mangelverwaltung zementiert. Für Beleghebammen sind die Einschnitte so gravierend, dass die Zukunft dieser Berufsgruppe immer ungewisser wird“, erklärt Cornelia Möhring, stellvertretende Vorsitzende und frauenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu dem nun bekannt gewordenen Schiedsspruch. Möhring weiter:

„Die Erhöhung der Vergütung ist allerhöchstens ein Trostpflaster für die viel zu geringen Anpassungen der letzten Jahre. Substantiell verbessert sich damit rein gar nichts. Und dass allen Ernstes versucht wird, fehlende Hebammen in der Wochenbettbetreuung durch die ambulante Betreuung durch Hebammenpraxen zu kompensieren, anstatt sich für

mehr Attraktivität des Berufs stark zu machen und somit dem Ziel einer flächendeckende Versorgung näher zu kommen, ist fahrlässig. Welche Frau, die gerade entbunden hat, kann und will denn mal eben zur nächsten Praxis laufen? Dieser Beschluss ist so realitätsfremd und fernab der tatsächlichen Bedarfe, dass zu hoffen ist, dass sich diese ‚Alternative‘ nie durchsetzen wird.

Die Versorgung mit Hebammenleistungen gehört zur Grundversorgung der Bevölkerung. Sie muss wohnortnah erfolgen, zum Beispiel über Versorgungszentren oder Hebammenstützpunkte. DIE LINKE will den Hebammenberuf nicht nur erhalten, sondern aufwerten: Hebammen sollen erste und wichtigste Ansprechperson für Schwangere sein. Das muss sich auch in der Vergütung niederschlagen. Gegen Personalmangel helfen eine am Bedarf orientierte Ermittlung des notwendigen Personals ausgehend von einer Eins-zu-eins-Betreuung sowie eine verlässliche und ausreichende Finanzierung.“